

## **Einschätzung des Krieges gegen die Ukraine-Krieg**

Ohne diese Vorgeschichte lässt sich der Krieg in der Ukraine nicht beurteilen. Die Verurteilung Russlands wegen Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges greift zu kurz. In einer medial und propagandistisch aufgeheizten Zeit werden selbst konservative Politiker wie der ehemalige SPD-Minister Klaus von Dohnanyi als „Putinverstehler“ gebrandmarkt, nur weil sie Verständnis für berechnete Sicherheitsinteressen Russlands äußern.

Wichtiger denn je ist eine Haltung wie die der revolutionären Regierung Kubas. Sie erklärte, dass sich die Situation in der Ukraine nicht beurteilen lasse, ohne die berechneten Ansprüche der Russischen Föderation gegenüber den USA und der NATO zu berücksichtigen und ohne die Faktoren, die zur Anwendung von Gewalt und Nichtbeachtung von Rechtsgrundsätzen und internationalen Normen geführt haben, genau zu prüfen. Auch die chinesische Regierung wendet sich gegen einseitige Schuldzuweisungen und verweist darauf, dass die berechneten Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigt werden müssen.

Unsere Schwesterpartei, die Kommunistische Partei der Ukraine, ist seit dem Putsch 2014 de facto in die Illegalität gedrängt worden und darf nicht zu Wahlen kandidieren. Bereits vor drei Jahren schätzten sie ein, dass in ihrem Land Nazismus und Faschismus wieder erstarken. In der Ukraine habe die Kompradoren-Oligarchie, die mit direkter Unterstützung der USA, der EU und des internationalen Kapitals die Macht übernommen und das Land nach dem bewaffneten Staatsstreich im Februar 2014 den neonazistischen und nationalistischen Kämpfern zum Fraß vorgeworfen. Unsere Schwesterpartei, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, unterstützt die Militäroperation der russischen Regierung. Nach ihrer Auffassung haben die unternommenen Schritte das Ziel, den Frieden im Donbass zu garantieren und Russland gegen immer größere Gefahren von Seiten der USA und der NATO zu sichern. Der Aufbau der Ukraine zu einem Marionettenstaat der NATO zur Bedrohung Russlands schafft nach Auffassung der KPRF nicht nur eine kritische Gefahr für die Sicherheit Russlands, sondern widerspricht auch grundlegend den Interessen des ukrainischen Volks. Es gehe darum, die Kiewer Provokateure zum Frieden zu zwingen und die Aggressivität der NATO einzudämmen. Nur eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine könne

nachhaltige Sicherheit für die Völker Russlands, der Ukraine und ganz Europas gewährleisten. Gleichzeitig fordert die KPRF innenpolitisch und wirtschaftspolitisch eine Wende des sozialen Fortschritts, eine Wende nach links. Eine Garantie für Frieden und soziale Gerechtigkeit könne nur der Sozialismus bieten.

Auch Russland ist ein Staat, in dem die Bourgeoisie die Macht hat. Sie hat aber mit der Arbeiterklasse das Interesse gemein, dass Russland der Bedrohung durch die Nato widersteht. Russland hat die Ukraine angegriffen. Wir sehen dabei allerdings zwei Ebenen. Einmal die Anerkennung der beiden Volksrepubliken, das entsprechende Beistandsabkommen und die militärische Unterstützung der beiden Volksrepubliken im von der Ukraine gegen sie geführten Krieg. Dies ist aus unserer Sicht völkerrechtlich gedeckt und stellt für die Bevölkerung des Donbass vor allem die Hoffnung auf die Beendigung des achtjährigen Kriegs dar. Die andere Ebene sind die weitergehenden Angriffe auf die Ukraine. Hier gibt es bei uns unterschiedliche Beurteilungen. Diese reichen von der Einschätzung, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt, bis zur Bewertung, dass es ein Verteidigungskrieg sei, der der Abwehr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs diene und der damit völkerrechtlich gedeckt wäre. Dazu wollen wir künftig unsere kollektive Diskussion verstärken.